

Interview

Dezentral denken

[21.09.2026] Die Bundesregierung plant den Bau neuer Gaskraftwerke. Martin Lass hält es jedoch für sinnvoller, einen Teil der benötigten Leistung durch bestehende Biogasanlagen bereitzustellen. Im Interview mit stadt+werk erläutert er das Potenzial der Bioenergie.

Herr Lass, die Bundesregierung plant den Bau neuer Gaskraftwerke, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Halten Sie den derzeit diskutierten Umfang für gerechtfertigt, oder wird der Bedarf Ihrer Meinung nach überschätzt?

Der Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur hat im September 2025 eine Lücke in der Versorgungssicherheit zwischen 17 und 35 Gigawatt identifiziert. Andere Quellen gehen sogar von bis zu 50 Gigawatt aus. Wie groß die Lücke tatsächlich sein wird, bleibt abzuwarten. Entscheidend ist: Es gibt sie. Wenn wir aus der Kohleverstromung aussteigen wollen, müssen wir sagen, wie wir die wegfallende Leistung ersetzen wollen. Dafür stehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Batteriespeicher und andere Speichertechnologien können einen Beitrag leisten, ebenso wie flexible Kraftwerke. Diese müssen aber nicht zwangsläufig fossil betrieben werden. Auch erneuerbare Energien können gesicherte Leistung bereitstellen. Genau hier sehen wir die Bioenergie.

Der Zubau neuer Kraftwerke verursacht erhebliche Kosten. Allein für zehn Gigawatt neuer Leistung würden Kosten von fast 2,5 Milliarden Euro pro Jahr entstehen. Wird in der politischen Debatte ausreichend über die langfristigen Kosten gesprochen?

Meiner Meinung nach nicht. Der Fokus der Diskussion liegt stark auf den Investitionskosten. Nach dem Motto: „Wenn wir aus der Kohle aussteigen, müssen wir in Gas einsteigen.“ Die langfristigen Kosten werden dagegen zu wenig berücksichtigt. Dazu gehören die Klimakosten, aber auch die Brennstoffkosten. Mit Erdgas machen wir uns weiterhin von Importen abhängig. Welche Risiken damit verbunden sind, haben die vergangenen Energiekrisen gezeigt. Heimische Energieträger wie Biogas müssen hingegen nicht durch die Straße von Hormus transportiert werden. Versorgungssicherheit bedeutet schließlich nicht nur, ein Kraftwerk zu besitzen. Man muss auch über den Brennstoff verfügen. Hinzu kommt, dass bereits ein großer Bioenergie-Anlagenpark vorhanden ist. Diesen in einen flexiblen Betrieb zu überführen, erfüllt im Prinzip genau die Aufgabe, die neue Gaskraftwerke übernehmen sollen. Aus unserer Sicht ist das die schnellere und bei Betrachtung der gesamten Systemkosten auch günstigere Lösung.

Welchen konkreten Beitrag könnten die bestehenden Biogasanlagen zur gesicherten Leistung leisten?

Hier muss man klar zwischen Leistung und Arbeit unterscheiden. Bioenergie erzeugt heute rund acht Prozent des deutschen Stroms. Diese Strommenge müssen wir gar nicht erhöhen. Vielmehr müssen wir den Zeitpunkt verändern, zu dem dieser Strom produziert wird. Heute verfügen wir über etwa vier bis fünf Gigawatt Bioenergie-Leistung, die weitgehend kontinuierlich Strom produzieren. Stattdessen könnten wir die Anlagen flexibilisieren und die installierte Leistung vervielfachen. Dann können wir die gleiche Brennstoffmenge gezielt zu den Zeiten einsetzen, in denen Wind- und Solarenergie nicht ausreichend Strom liefern. In den kommenden fünf Jahren könnten wir auf diese Weise mehr als 20 Gigawatt zusätzliche flexible Leistung erreichen. Für die EEG-Novelle 2027 sollten aus meiner Sicht 12 bis 15

Gigawatt zusätzliche flexible Leistung ermöglicht werden. Damit könnte die Bioenergie einen erheblichen Beitrag zur Deckung der Residuallast leisten.

„Bioenergie erzeugt heute rund acht Prozent des deutschen Stroms.“

Kritiker führen an, dass Biogas mengenmäßig begrenzt sei und deshalb nur einen geringen Beitrag leisten könne.

Die Begrenztheit des Rohstoffs ist jedoch kein Argument gegen die Flexibilisierung. Wir wollen die Menge gar nicht wesentlich erhöhen. Entscheidend ist wieder der Unterschied zwischen Arbeit und Leistung. Statt die rund acht Prozent der deutschen Stromproduktion aus Bioenergie 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr gleichmäßig zu erzeugen, sollten wir sie gezielt dann erzeugen, wenn der Strom benötigt wird. Bioenergie bietet außerdem die Möglichkeit einer saisonalen Verschiebung. Im Sommer haben wir viel Photovoltaikstrom und benötigen weniger Wärme. Dann kann die Biogasproduktion reduziert und Biomasse in Form von Silage gespeichert werden. Im Winter steht dieser Rohstoff zur Verfügung. Zusätzlich kann das produzierte Gas eine Woche lang gespeichert werden. Damit verfügen wir über zwei Speicherzeiträume: die saisonale Verschiebung über das Jahr und die kurzfristige Speicherung des Gases. Bioenergie ist ein knapper und wertvoller Energieträger. Sie sollte deshalb dort eingesetzt werden, wo sie volkswirtschaftlich den größten Nutzen bringt – als flexible, regionale und dezentrale Ergänzung zu Wind- und Solarenergie.

Gleichzeitig stehen bestehende Biogasanlagen aufgrund politischer Rahmenbedingungen vor dem Aus, während über den Bau neuer Kraftwerke diskutiert wird. Wo sehen Sie Fehlanreize?

Ein wesentliches Problem ist das Denken in politischen Schubladen. Bioenergie betrifft gleichzeitig die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt, Energie und Wirtschaft. Solche Querschnittsthemen sind politisch schwer abzubilden. Bei der Versorgungssicherheit wird häufig noch aus der Perspektive der klassischen Energiewirtschaft gedacht: große Kraftwerke, zentrale Strukturen und große Betreiber. Die dezentrale Bioenergie wird dagegen häufig vor allem als landwirtschaftliches Thema betrachtet. Diese beiden Welten müssen wir stärker miteinander verbinden. Wir brauchen ein Level Playing Field. Wenn Technologieoffenheit ernst gemeint ist, müssen bestehende dezentrale Anlagen und neue zentrale Kraftwerke unter vergleichbaren Bedingungen um die Bereitstellung gesicherter Leistung konkurrieren können. Derzeit ist das nicht der Fall. Für zusätzliche flexible Bioenergie-Leistung gibt es über den Flexibilitätszuschlag rund 100 Euro je Kilowatt installierter Leistung. Neue Gaskraftwerke sollen dagegen bis zu 244 Euro je Kilowatt erhalten können. Das ist keine gleichberechtigte Wettbewerbssituation.

Die bestehenden Biogasanlagen haben einen entscheidenden Vorteil: Standorte, Betreiber und Infrastruktur sind bereits vorhanden.

Im nächsten Jahr steht eine Reform des EEG an. Was müsste sich ändern, damit Biogasanlagen stärker zur Versorgungssicherheit beitragen können?

Zunächst müssen wir verhindern, dass der vorhandene Anlagenpark verloren geht. Dort steht ein volkswirtschaftlicher Vermögenswert von mehr als zehn Milliarden Euro. Ohne veränderte Rahmenbedingungen könnte ein erheblicher Teil der Anlagen vom Markt verschwinden. Deshalb brauchen wir erstens höhere Ausschreibungsmengen, damit mehr Betreiber ihre Anlagen flexibilisieren können. Zweitens muss der Flexibilitätszuschlag steigen. Statt der derzeitigen 100 Euro je Kilowatt halte ich etwa

130 Euro für angemessen. Selbst damit lägen wir noch deutlich unter der Förderung, die für neue Gaskraftwerke diskutiert wird. Diese Investitionen würden zudem überwiegend deutschen und europäischen Lieferketten zugutekommen. Motoren, Speicher, Wärmenetze und weitere Komponenten werden vielfach von mittelständischen Unternehmen geliefert. Drittens darf Biomethan nicht aus dem Ausschreibungsdesign herausfallen. Die Tatsache, dass es zuletzt wenige Gebote gab, bedeutet nicht, dass kein Interesse vorhanden ist. Der Biomethanmarkt befand sich in einer schwierigen Situation, sodass den Betreibern teilweise kein Rohstoff zur Verfügung stand. Daraus zu schließen, dass Biomethan-KWK-Anlagen künftig keine Rolle mehr spielen werden, halte ich für falsch. Das würde außerdem das Vertrauen der Investoren erheblich zerstören.

Wie viel schneller lässt sich flexible Biogasleistung bereitstellen als neue Gaskraftwerksleistung?

Die bestehenden Biogasanlagen haben einen entscheidenden Vorteil: Standorte, Betreiber und Infrastruktur sind bereits vorhanden. Viele Anlagen werden von landwirtschaftlichen Betrieben, mittelständischen Unternehmen oder Betreibergemeinschaften betrieben. Diese können schnell entscheiden und investieren, wenn verlässliche Rahmenbedingungen bestehen. Wir brauchen deshalb ein Ausschreibungsdesign, das mehrere Jahre Bestand hat und Planungssicherheit bietet. Dann können Genehmigung, Investition und Umsetzung vergleichsweise schnell erfolgen. Wir sprechen über einen Zeitraum von eineinhalb bis zwei Jahren.

Welche Empfehlungen würden Sie der Politik mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen zum Strommarkt und zum EEG 2027 geben?

Die Überschrift lautet: Dezentral denken und die heimische Versorgungssicherheit stärker in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Dabei muss gefragt werden, welche Technologien unsere Ziele bei Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz am schnellsten und kostengünstigsten erreichen. Wenn das Ziel sinkende Strompreise sind, müssen alle verfügbaren Optionen anhand dieser Kriterien bewertet werden. Dazu gehört auch die Bioenergie. Vor Ort erleben wir, dass Kommunen und Betreiber zusammenarbeiten wollen, ihnen aber teilweise die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen fehlen. Deshalb lautet mein Rat an die Politik: Hört stärker auf die Kommunen und die Länder! Dort weiß man sehr genau, welche Lösungen vor Ort funktionieren können. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen.

()

Stichwörter: Bioenergie, ASL-Gruppe, BioEnergie Gettorf